

TERROR ALS GLOBALE HERAUSFORDERUNG – FÜNF THESEN ZU FRIEDEN UND ENTWICKLUNG

Benita Ferrero-Waldner

Mahatma Gandhi erklärte: „Ich war immer der Meinung, dass soziale Gerechtigkeit, bis hinab zum Letzten und Niedrigsten, durch Gewaltanwendung unmöglich erreicht werden kann.“

Ich habe bewusst dieses Zitat Gandhis an den Beginn meiner Ausführungen gestellt, weil uns die tragischen Ereignisse vom 11. September, die brutalen Terrorangriffe auf die Vereinigten Staaten, drastisch vor Augen geführt haben, welche weitreichende Missverständnisse bezüglich der Relation von Gerechtigkeit und Gewalt in der Welt von heute mitunter bestehen. Ich halte eine Diskussion über die österreichische Entwicklungspolitik, in Anbetracht der jüngsten weltpolitischen Ereignisse, für besonders aktuell.

Bevor auf das Thema Frieden und Entwicklung eingegangen werden soll, einige allgemeine Worte zu den Terroranschlägen des 11. September und ihren Folgen:

Die österreichische Bundesregierung und das österreichische Volk stehen in dieser schweren Stunde des Leids und des Schreckens des Terrors an der Seite der USA. Wir betrachten diese feigen Taten als Anschläge, die nicht nur gegen die USA gerichtet waren, sondern gegen Frieden, Freiheit und Menschlichkeit in der Welt. Oder wie es der UN-Generalsekretär ausdrückte: „Die Terroristen, die die USA angegriffen haben, wollten ein Land verletzen, aber sie haben die ganze Welt getroffen.“ Generalsekretär Annan folgerte daher: „Um die Terroristen zu besiegen müssen alle Staaten guten Willens zusammenarbeiten.“

Die Europäische Union hat, und Österreich konnte hierzu wichtige Beiträge leisten, funktionierendes Krisenmanagement bewiesen. Die Europäische Union hat die volle Solidarität mit den USA zum Ausdruck gebracht. Niemand kann gegenüber dem Terror, dessen Opfer wir alle werden können, neutral bleiben. Allerdings wird jeder der EU-Staaten mit seinen Mitteln zum Kampf gegen den Terrorismus beitragen.

Wenn man nach den Ursachen dieser Anschläge sucht, so muss man dies unter 3 Gesichtspunkten tun:

1. Wir müssen die Existenz eines weltweit bestehenden, funktionierenden und jederzeit aktivierbaren Netzwerkes des Terrorismus zur Kenntnis nehmen, welches eine Bedrohung nicht nur für unsere Sicherheit, sondern auch für alle demokratischen Errungenschaften, die unsere Nationen auszeichnen, darstellt.
2. Wir müssen den Konflikt im Nahen Osten in einem globalen Umfeld sehen und es auch als unser essentielles Sicherheitsinteresse betrachten, diesen Konflikt einer dauerhaften und gerechten Lösung zuzuführen.
3. Wir müssen schließlich die Armut in dieser Welt, verbunden mit den neuen Möglichkeiten, die die Globalisierung auf den Ebenen des Transports oder der Kommunikation mit sich bringt, als einen Hintergrund sehen, in dem ein Radikalismus keimen kann, der auch uns erreichen kann.

Es gibt daher keine einfache Antwort auf den Terror, sondern nur Lösungsstrategien, die verschiedene Ebenen miteinander vereinen.

Es steht zu erwarten, dass sich die USA im Rahmen einer breiten Koalition, die Europa, viele arabische und islamische Staaten und auch China und Russland umfasst – gegen diese Anschläge und die Gefahr weiterer Akte des Terrors auch unter Einsatz militärischer Mittel zur Wehr setzen wird. Wir vertreten dabei – wie auch unsere EU-Partner – den Standpunkt, dass solche Reaktionen wohl überlegt und angemessen und auf den weitestgehenden Schutz

Unschuldiger ausgerichtet sein müssen. Für Österreich bedeutet dies, dass wir auf Basis der bereits vorliegenden SR-Resolution 1368 Überflugsgenehmigung erteilen werden. Ein direkter österreichischer militärischer Einsatz kommt nicht in Betracht. Die Koalition kann aber mit der politischen und diplomatischen Unterstützung Österreichs rechnen. So habe ich bei meiner Nahostreise in der vergangenen Woche in Syrien, Jordanien und Ägypten sowie in einem Gespräch mit Präsident Arafat die europäische Position verdeutlichen können.

Auf einer zweiten Ebene, auf der wir im Rahmen der EU auch bereits intensiv tätig sind, wurde ein Paket von Maßnahmen in Angriff genommen, das darauf angelegt ist, die Netze des Terrors zu zerschlagen oder realistischere Weise in Kleinarbeit minutiös aufzutrennen: Dieses Paket umfasst die Intensivierung der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit (einheitlicher europäischer Haftbefehl, gemeinsame Definition des Terrorismusbegriffes, bessere Polizeizusammenarbeit über Europol), Maßnahmen zur Sicherheit des Flugverkehrs und schließlich Maßnahmen zur Austrocknung der Finanzströme der Terrororganisationen.

Dies alles muss vor dem Hintergrund einer langfristigen Strategie geschehen, die darauf ausgerichtet ist, jene Konflikte und sozialen Probleme in der Welt zu entschärfen, die von den Terrorgruppen zum Vorwand für ihre Gräueltaten genommen werden und die den Nährboden für Extremismus bilden. Hier kommt der Entwicklungszusammenarbeit eine besonders wichtige Rolle zu.

Damit komme ich nun auf das eigentliche Thema, die österreichische Entwicklungszusammenarbeit.

„Entwicklung ist ein anderer Name für Frieden.“ Dieses der päpstlichen Enzyklika *Populorum Progressio* entnommene Wort erscheint uns heute – 30 Jahre nachdem es gesprochen wurde – aktueller denn je. Drei Jahrzehnte nach dieser grundsätzlichen Erkenntnis muss man sich nun fragen: Was hat diese Einsicht genützt, und wie wurde sie umgesetzt?

Heute sieht man sich weltweit mit Kriegen und unabsehbaren Flüchtlingsströmen konfrontiert, Afghanistan ist nur ein Beispiel. Massenvertreibungen und ethnische Säuberungen wurden noch in jüngster Vergangenheit als Mittel der Kriegführung eingesetzt.

Menschen müssen auch heute noch ihren Einsatz für Frieden und Entwicklung mit ihrem Leben bezahlen.

Gewalttätige Auseinandersetzungen bestimmen oft das Bild dieser Welt. Besonders in Entwicklungsländern werden sie aus verschiedensten Anlässen, auf verschiedenste Weise und mit den unterschiedlichsten Mitteln geführt.

Die Zusammenhänge zwischen Armut und Gewalt lassen sich wohl am besten am Beispiel Afrika verdeutlichen. Rund 40 % der Bevölkerung lebt von weniger als 1 US\$ am Tag. Gleichzeitig verzeichnet Afrika seit 1990 mehr als die Hälfte aller weltweiten Opfer von gewalttätigen Auseinandersetzungen und steht vor der Herausforderung von über 8 Millionen Flüchtlingen, Vertriebenen und Rückkehren. Diese Fakten stehen miteinander im Zusammenhang.

Zuerst kommt einem hierbei der Konflikt im Gebiet der großen Seen in den Sinn, welcher in Burundi und Teilen des Kongo noch immer nicht vollständig beendet erscheint. Was sind seine Hintergründe? War der Krieg in Ruanda wirklich nur von Rassenhass ausgelöst, oder ist es kein Zufall, dass Ruanda das Land mit der größten Bevölkerungsdichte Afrikas ist und gleichzeitig rasch fortschreitender Bodenerosion der Bevölkerung die Existenzgrundlage raubte? Wie soll sich aber die sogenannte „Erste Welt“ verhalten, wenn nicht nur in Ruanda und seinen Nachbarstaaten solche Kriege ausbrechen – ähnliche Voraussetzungen gibt es in vielen anderen afrikanischen Ländern auch –, wie soll die sogenannte Erste Welt dann auf die unvorstellbaren Flüchtlingsströme reagieren? Hier ist eine vorausschauende Politik der

Konfliktverhütung durch wirtschaftliche, technologische und politische Zusammenarbeit notwendig, um den Ursachen von Migrationsbewegungen langfristig entgegenzuwirken!

Österreich ist seit drei Jahren intensiv am Friedensprozess Burundi beteiligt. Wir haben nicht nur den sogenannten Arusha-Prozess mitfinanziert, sondern auch im Auftrag der EU die Leitung der IV. Verhandlungskommission (Rückkehr der Flüchtlinge, Wiederaufbau, Entwicklung) übernommen und dafür auch ein Team von Experten eingesetzt. Das unter österreichischer Leitung erstellte Protokoll IV des Arusha-Abkommens wurde im übrigen zu 99 % im Konsens ausgehandelt.

Konflikt in der Dritten Welt heißt aber mehr als die bewaffnete Auseinandersetzung zwischen militärisch organisierten Kontrahenten. Es geht hier etwa auch um die geschlechterspezifische Unterdrückung: Noch immer werden Frauen misshandelt, verstümmelt oder ihrer Rechte beraubt. Es ist ein weit verbreitetes Phänomen, dass Mädchen schlechter ernährt werden als ihre Brüder und daher eher sterben. Die unvorstellbare Bilanz dieser Ungleichbehandlung ist das statistische „Fehlen“ von 100 Millionen Frauen, welche an den Folgen der Schlechterbehandlung zugrunde gegangen sind oder bereits aufgrund ihres Geschlechts vielleicht nie das Licht der Welt erblicken durften. Für die österreichische Entwicklungszusammenarbeit sind daher Frauen ein besonderes Schwerpunktthema und ich bin stolz darauf hinweisen zu können, dass der Anteil der EZA-Projekte, die eine „Frauen-Komponente“ aufweisen, in den letzten 3 Jahren von 21 % auf 35 % gesteigert werden konnte.

Ein besonders heikler Punkt sind die religiösen Konflikte. Was sind die Gründe für manche Tendenzen zum Fundamentalismus? Sicher ist u.a. die Frustration aufgrund der enormen Jugendarbeitslosigkeit in manchen Ländern mit daran schuld, dass gerade junge Leute sich ideologisch missbrauchen lassen und, trügerischen Versprechen radikaler Anführer glaubend, blind in einen vermeintlichen Glaubenskrieg gehen. Gerade die jüngsten Ereignisse zeigen, wie notwendig ein Dialog zwischen Zivilisationen ist. Österreich war hier immer ein Vorreiter. Der von uns initiierte Dialog, der unter Teilnahme des UN-Generalsekretärs Annan Ende August in Salzburg geführt wurde, hat hierzu einen wichtigen Beitrag geliefert.

Ein stiller Krieg, der zumeist diskret und hinter den Kulissen geführt wird, ist der Krieg gegen die noch an vielen Stellen der Erde lebenden Ureinwohner. Diese werden immer wieder aus ökonomischen Gründen, zumeist im Zusammenhang mit der rücksichtslosen Nutzung von Rohstoffen, entrechtet, vertrieben oder getötet. Zumeist geschehen diese Gewalttaten geheim und unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Diesen Völkern gilt es große Aufmerksamkeit und Mithilfe zu schenken, will man verhindern, dass sie ökonomischen oder politischen Interessen zum Opfer fallen. Ureinwohner müssen wie Staatsbürger behandelt werden und haben daher Rechte, die von Staaten, in denen sie leben, beachtet werden müssen! Genau diese Rechte haben wir zum Gegenstand einer Entschliebung genommen, die der Rat der EZA-Minister unter der österreichischen EU-Rats-Präsidentschaft 1998 angenommen hat.

Und schließlich komme ich noch zum Drogenkrieg: Die Öffentlichkeit ist schockiert über den wachsenden Drogenkonsum und fragt sich, warum es Menschen gibt, die Drogen anbauen, nur aus „Profitgier“. Aber fragen wir uns auch, welche Alternative ein Kleinbauer bei fallenden Kaffeepreisen hat, wenn er überleben möchte? Wir sollten uns daher bewusst sein, dass unsere Konsumgewohnheiten hier eine entscheidende Rolle spielen. Das Außenministerium unterstützt daher die Fair-Trade-Initiative, die jene Produkte (Kaffee, Tee, Schokolade, u.v.m.) mit einem Gütesiegel auszeichnet, bei denen der Produzent einen fairen Preis bekommt. Wir werden im Herbst eine Kampagne starten, die dieses Gütesiegel weiter bekannt machen soll. Ich habe übrigens angeordnet, dass im Außenministerium nur mehr „fairer Kaffee“ angeschafft wird.

Die Beispiele, welche ich soeben aufgezählt habe, so heterogen sie auch scheinen mögen, haben eine gemeinsame Wurzel: Unterentwicklung. Wirtschaftliche Unterentwicklung ist der beste Nährboden für Aggression, wirtschaftliche Rezession fördert Hass und Radikalismus.

Man kann also die Beispiele zu einer ersten These zusammenfassen, die lautet:
Unterentwicklung fördert Krieg und Aggression!

Umgekehrt müssen aber auch die Auswirkungen von Krieg auf den wirtschaftlichen Entwicklungsstand analysiert werden. Oft hat die Zivilbevölkerung unter den Folgen bewaffneter Auseinandersetzungen noch lange zu leiden. Dies besonders dann, wenn der Krieg auch mit Landminen geführt wurde. Heute treten durchschnittlich alle 20 Minuten Menschen auf solchen Minen, und es sind in aller erster Linie Zivilisten, die unter den grausamen Verstümmelungen zu leiden haben. Mitunter wurden diese Minen schon vor Jahrzehnten gelegt, sogar Sprengkörper aus dem 2. Weltkrieg fordern noch heute ihre Opfer. Der Schaden, den diese Minen verursachen, ist aber nicht alleine an dem hohen Blutzoll, den sie unter der Bevölkerung anrichten, zu messen. Der Umstand, dass große Flächen von Ackerboden aus Angst vor Minen von der Bevölkerung nicht mehr genutzt werden, trägt mit zur Verarmung ganzer Landstriche bei, denn Minenräumung ist teuer: Bis zu 10.000 Schilling für eine Mine. Oft kosten aber Billigminen, wie sie vor allem in Entwicklungsländern eingesetzt werden, kaum 30 Schilling am internationalen Waffenmarkt. Österreich hat eine ganz wesentliche Rolle dabei gespielt, dass heute Minen weitgehenden internationalen Verboten unterliegen. Gleichzeitig finanzieren wir auch Programme der Minenräumung im Rahmen unserer Entwicklungszusammenarbeit.

Es sind aber nicht allein Minen, die noch lange nach der Beendigung von kriegerischen Auseinandersetzungen Armut über die Bevölkerung bringen. Vertriebene und Flüchtlinge stehen ohne Existenz da, mühevoll aufgebaute Infrastruktur ist zerstört, die Verwaltung ist zusammengebrochen und der im Krieg erzeugte Hass hindert die Bevölkerung oft noch lange, wieder zusammenzuarbeiten und einen gemeinsamen Weg zu gehen. Die den Kriegen nachfolgende Armut mündet oftmals in Revisionismus.

Daher lautet meine zweite These: Krieg perpetuiert Unterentwicklung!

Es ist also eine Spirale bestehend aus Krieg und Armut, die sich in Form von oftmals vergessenen Bürgerkriegen, vor allem in der Dritten Welt, erbarmungslos weiterdreht und ihre Opfer fordert.

Es gibt aber auch ermutigende Beispiele: In Mitteleuropa ist es nach dem 2. Weltkrieg gelungen, diese Spirale aufzuhalten. Ermöglicht wurde dies vor allem auch durch die großzügige Hilfe des Marshallplans (European Recovery Program), welche keineswegs in rein altruistischer Absicht gewährt wurde, welche aber ihren Sinn voll erfüllt hat: Europa wurde ein sicherer und verlässlicher Partner in der Welt. Einen zweiten Grund dafür dass Mitteleuropa zu den sichersten und stabilsten Regionen der Erde zählt, dürfen wir mit Recht in der integrierenden Funktion der Europäischen Union suchen.

Anders ist die Lage freilich in der Dritten Welt. Es wäre leichtsinnig zu glauben, dass ein „neuer Marshallplan“ hier greifen könnte. Die Ausgangsvoraussetzungen in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht sind einfach zu verschieden, da es anders als im Nachkriegseuropa nicht um den Wiederaufbau ehemals existierender Strukturen geht.

Strukturelle Änderungen können daher nicht durch massive Wirtschaftshilfe in einem Jahrzehnt herbeigeführt werden, sondern müssen durch beständige und langfristige Zusammenarbeit langsam erarbeitet werden. Sie verlangen vor allem gegenseitige Akzeptanz.

Anhand der eingangs aufgezählten Beispiele der zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen muss man sich aber fragen: Was hat die Entwicklungszusammenarbeit

bisher erreicht? Ich glaube Sie hat mehr erreicht, als allgemein bekannt ist, nur gilt leider der Grundsatz, dass sich schlechte Nachrichten stets schneller verbreiten als gute.

Lassen sich mich daher eine kurze Bilanz ziehen:

- Die durchschnittliche Lebenserwartung in Entwicklungsländern ist in den letzten 3 Jahrzehnten um über ein Drittel gestiegen und liegt heute bei rund 63 Jahren. Dies ist aber noch immer weit entfernt von der Lebenserwartung der Industrieländer, die bei 75 Jahren liegt.
- Die Anzahl der Entwicklungsländer, welche den Kalorienverbrauch ihrer Bevölkerung decken können, hat sich in den letzten 3 Jahrzehnten verdoppelt und trotzdem: Es leiden noch immer mehr als 800 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung.
- Schon 70 % der Bevölkerung in Entwicklungsländern haben Zugang zu einem Gesundheitssystem, aber trotzdem sterben noch jährlich ca. 17 Millionen Menschen an Krankheiten wie Malaria oder Tuberkulose.
- Die Kindersterblichkeit (von Kindern unter 5 Jahren) konnte in den letzten 30 Jahren mehr als halbiert werden und trotzdem sterben jährlich mehr als 12 Millionen Kinder an Krankheit oder Unterernährung.

Es wird also deutlich, dass unsere Anstrengungen nicht umsonst waren, dass aber auch das Ziel noch lange nicht erreicht ist. Unsere Aufgabe ist es daher, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen und eigene Anstrengungen zu intensivieren, um so die Basis für eine nachhaltige Entwicklung und damit die Voraussetzung für einen globalen Frieden zu schaffen.

Wie können nun wirtschaftliche und entwicklungspolitische Maßnahmen nachhaltig das friedliche Zusammenleben unter den Menschen stärken?

Nehmen wir das Beispiel der Bevölkerungszunahme. Der Faktor des Bevölkerungswachstums ist für die Entwicklungsländer von größter wirtschaftlicher und sozialer Bedeutung! Wie soll es etwa ein Wachstum des Pro-Kopf-Einkommens geben, wenn die Bevölkerungszunahme das Wirtschaftswachstum regelmäßig übersteigt? Wir haben es beispielsweise in Ruanda gesehen, wie leicht ein unkontrolliertes Bevölkerungswachstum eine Katastrophe mitbedingen kann. Auch Umweltzerstörung, und zwar im lokalen Bereich, kann durch Überbevölkerung ausgelöst werden, wenn etwa ganze Landstriche aus Mangel an Brennholz gerodet werden müssen.

Die Gründe dieser Bevölkerungszunahme liegen aber offensichtlich in der Unterentwicklung: Frauen haben keinen Zugang zu Bildung, daher keine Karrieremöglichkeiten, und bringen schon sehr früh ihr erstes Kind zur Welt. Eltern haben keine andere Altersvorsorge als ihre Kinder.

Aus diesen Überlegungen wird klar: Der einzige echte Weg, die Bevölkerungszunahme zu meistern, ist Entwicklung. Entwicklung eines Bildungssystems vor allem für junge Frauen, Entwicklung der Gesundheitsvorsorge vor allem für Kinder, Entwicklung eines sozialen Mindestnetzes der Altersvorsorge und die Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem für Frauen. Dies beweisen auch empirische Untersuchungen. Man ersieht aus diesem Beispiel, wie nahe die Wege von Entwicklung und Friedenssicherung beieinander liegen.

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch hervorheben, wie wichtig die Bildung im Prozess der Armutsbekämpfung ist. Die Zahlen sprechen für sich: Weltweit sind nach Schätzungen der UNESCO mehr als eine Milliarde Erwachsene Analphabeten – also ein Fünftel der Weltbevölkerung. Zwei Drittel davon sind Frauen. In Afrika südlich der Sahara kann nahezu

die Hälfte der Bevölkerung nicht lesen und schreiben, so liegt z.B. in unserem Schwerpunktland Burkina Faso die Analphabetenrate bei 79 %.

„Bildung für alle“ ist somit eine der größten Herausforderungen auch in diesem Jahrzehnt. Sie nimmt als Motor für Entwicklung eine unbestrittene Schlüsselrolle ein. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit wendet rund ein Fünftel der jährlichen bilateralen Projekthilfe für Bildungsprogramme auf. Ziel ist es, insbesondere den Zugang zu Bildung und ihre Qualität – entsprechend dem Bedarf unseres jeweiligen Partnerlandes – verbessern zu helfen.

Österreichs Leistungen sind dabei sehr vielfältig und der jeweiligen Situation angepasst. Sie konzentrieren sich insbesondere auf die Bekämpfung des Analphabetismus, auf die Berufsbildung sowie auf die Vermittlung von angepasster Technologie.

Bereits jetzt enthalten beinahe alle Entwicklungsprojekte eine Bildungskomponente. So werden gleichzeitig mit der Kraftwerkserichtung in Bhutan, den Kreditprojekten für Frauen in Uganda oder der Elektrifizierung in Äthiopien einheimische Fachkräfte herangebildet, sodass für einen professionellen Weiterbestand, für Wartung und Reparaturen gesorgt ist und teure ausländische Experten zunehmend ersetzt werden können.

Armutsbekämpfung ist notwendig, weil Wirtschaftswachstum alleine zumeist nicht ausreicht, um alle Armen rasch und dauerhaft über die Armutsgrenze zu bringen. Auch Wirtschaftswachstum muss im übrigen erst einmal erzielt werden. Dazu sind gezielte Maßnahmen erforderlich, die diese Menschen direkt erfassen. Bloße Wirtschaftsförderung ist jedenfalls zu wenig.

Gezielte Armutsbekämpfung schafft die Voraussetzung für Frieden. Daher lautet meine dritte These: Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik!

Aber halten wir doch einen Augenblick inne und fragen wir uns: Warum beschäftigen wir uns denn eigentlich mit diesem Thema?

Die erste Antwort, die ich darauf geben möchte, ist die einer ÖVP-Politikerin. Ich möchte daher die Prinzipien der christlichen Soziallehre in Erinnerung rufen, zu denen auch, und vor allem das Solidaritäts- sowie das Subsidiaritätsprinzip zählen.

Diese Prinzipien haben natürlich nicht nur im nationalen, sondern ganz besonders auch im internationalen Bereich ihre Gültigkeit. Entwicklungspolitik ist daher ein Urbereich jeder christlich-sozialen Politik.

Es gibt aber auch noch eine zweite Antwort: Zwar sollte nicht bei jeder Politik gleich vorweg nach dem eigenen Nutzen gesucht werden, trotzdem sollte man ohne falsche Scheu auch seine eigene Lage betrachten. Meine Einleitungsworte haben bereits anklingen lassen, welche Rahmenbedingungen wir für unsere Entwicklungspolitik vorfinden. Krieg und Konflikt sind häufige Ursachen für Armut. Ebenso oft beruhen Konflikte auf Armut und ungerechter Ressourcenverteilung. Die Kluft zwischen Arm und Reich besteht weiter und stellt ein Ferment für Unzufriedenheit und für das Gefühl der Ausweglosigkeit dar.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung erhalten diese Probleme eine neue politische Dimension, denn sie zeigen direkte Auswirkungen auf die reicheren Staaten und rühren an die Zukunftschancen der ärmeren Staaten und damit der gesamten Menschheit.

Drei Viertel der Weltbevölkerung, also rund 4,7 Milliarden Menschen, leben in Entwicklungsländern. Diese Menschen sind uns heute näher denn je. Die Globalisierung macht es möglich Informationen in Sekundenschnelle über den Erdball zu verteilen, binnen 24 Stunden nahezu jeden beliebigen Punkt auf dieser Erde zu erreichen oder Volkswirtschaften unterschiedlichster Entwicklungsstufen in direkten Wettbewerb miteinander treten zu lassen. Ich sehe es aber auch als eine Konsequenz der Globalisierung,

dass regional ferne Konflikte ihre Auswirkungen – etwa in Form von Terrorismus – auf die ganze Erde ausstrahlen können.

Andererseits bietet gerade die Globalisierung auch wieder Chancen, die wahrzunehmen wir den ärmeren Ländern helfen müssen. Viele Probleme lassen sich nur global lösen. Ein Beispiel dafür ist die ganze Umweltproblematik.

Sie werden daher verstehen, wenn ich oft davon spreche, dass ich die Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt nicht nur als eine moralische Verpflichtung sehe, sondern auch als ein wohlverstandenes Eigeninteresse. Daher lautet meine vierte These: Entwicklungspolitik nützt auch uns, und daran anschließend die fünfte These: Entwicklungspolitik ist Zukunftspolitik!

Ich glaube, dass es notwendig ist, diese Erkenntnis weiter zu verbreiten. Entwicklungszusammenarbeit ist mehr als Altruismus. Es geht auch darum, den größten Teil der Weltbevölkerung, nämlich die Menschen in den Entwicklungsländern, als Partner für globale Fragen zu gewinnen. Im Außenministerium wurde daher eine neue Grundsatzkonzeption der Entwicklungspolitik entwickelt, die zwar nicht alles neu macht, was wir in den vergangenen Jahren getan haben, aber doch neue Akzente in der inhaltlichen Orientierung setzt.

Im Zentrum dieses Konzepts der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit stehen die folgenden Ziele:

- Armutsbekämpfung,
- Friedenssicherung und menschliche Sicherheit sowie
- Schutz und Erhaltung der Umwelt.

Diese Zielsetzungen sollen auch im neuen Gesetz zur Entwicklungszusammenarbeit, das im Herbst im Parlament verabschiedet werden soll, ihren Niederschlag finden und so zu verbindlichen Vorgaben für die gesamte Bundesverwaltung werden.

Ich habe mich schon viele Jahre mit der Entwicklungszusammenarbeit intensiv auseinander gesetzt und kann Ihnen daher aus eigener Erfahrung sagen: Entwicklungszusammenarbeit macht Sinn und sie funktioniert! Aber wir brauchen Partner. Bemühen wir uns gemeinsam, eine Welt zu gestalten, in der alle Menschen Chancen für ein Leben in Würde und Freiheit haben. Denn in unserer vernetzten Welt kann es langfristig keine „Wohlstandsinseln“ geben.

Ganz nach dem Motto: Eine Welt für alle, Alle für eine Welt.